

Inhalt

1. Einleitung | 7

- 1.1 Aktuelle Tendenzen in der Arbeits- und Sozialpolitik | 7
- 1.2 Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf Probleme des Regierens | 11
- 1.3 Fragestellung | 13

2. Neue Regierungstechnologien in der Politikwissenschaft | 17

- 2.1 Der Governance-Ansatz | 17
- 2.2 Informalisierung von Politik und Staat bei Altvater/Mahnkopf | 25

3. Macht und Regierung bei Foucault | 31

- 3.1 Diskurs und Biomacht | 31
- 3.2 Foucaults Konzept der Gouvernementalität | 54
- 3.3 Sicherheit und Freiheit in Foucaults Gouvernementalitätsanalyse | 67
- 3.4 Foucaults Analysen zum Liberalismus:
Ordoliberalismus und Neoliberalismus | 75

4. Subjektivierung von Arbeit als Feld neuer Regierungsrationalitäten: Zwischen Disziplinar- und Selbsttechniken | 87

- 4.1 Die Neuerfindung des Sozialen
und die Subjektivierung von Arbeit | 87
- 4.2 Neue Arbeitsformen zwischen indirekter Kontrolle und
Selbstdisziplin in der Sicht der Arbeitssoziologie | 92
- 4.3 Zur Kritik und zur begrenzten Reichweite des
Unternehmerischen Selbst | 116
- 4.4 Zum Verhältnis Arbeitssoziologie und
Gouvernementalitätsstudien | 119
- 4.5 Arbeit und Prekarität | 122
- 4.6 Arbeit und Informalität | 128
- 4.7 Zur Kritik und den Grenzen der Gouvernementalitätsstudien | 131

**5. Die Lokale Arbeits- und Sozialpolitik
und die Regierung von lokalen Räumen | 137**

- 5.1 Raumkonzepte bei Foucault | 137
- 5.2 Raumkonzepte in der Kritischen Geographie | 143
- 5.3. Die Regierung von lokalen Räumen zwischen
Sozialkapital und aktivierender Sozialpolitik | 161

**6. Die Regierung von lokalen Räumen zwischen Sicherheitspolitik
und aktivierender Sozial- und Arbeitspolitik | 183**

- 6.1 Das Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt« | 184
- 6.2 Das Quartiersmanagement in Berlin | 201
- 6.3 Das QM Schillerpromenade | 213
- 6.4 Zusammenfassung der QM-Befragung | 223
- 6.5 Regierung von lokalen Räumen zwischen
Sicherheitspolitik und Empowerment | 227

7. Resümee | 259

- 7.1 Zusammenführung der Theorieperspektiven | 259
- 7.2 Das Programm »Soziale Stadt« zwischen sozialdemokratischer
und neoliberaler Politik | 260
- 7.3 Das Programm »Soziale Stadt« aus Sicht der GS im
Vergleich zu marxistischen Ansätzen | 262
- 7.4 Das QM als Objekt genealogischer Methodik im
Vergleich zu den GS | 265
- 7.5 Foucaults »Geschichte der Gouvernementalität« als integrale
Sichtweise für eine differenzierte Analytik des Regierens sozialer
Räume und Quartiere | 268
- 7.6 Zusammenfassung | 271

8. Literatur | 273

- Internet | 295
- Zeitungsartikel | 295

Danksagung | 297

1. Einleitung

Schwerpunkt dieser Arbeit ist die Analyse der Transformation der Regierungsweisen im Feld der Arbeits- und Sozialpolitik der Gegenwart hin zu ökonomischen Steuerungsweisen und einem neuen Stellenwert des Subjekts aus einer an Foucault orientierten Perspektive. Die an Foucaults Machtanalytik und seiner Analyse moderner liberaler Regierungstechniken orientierten Gouvernemen-talitätsstudien werden in Beziehung gesetzt zu neomarxistischen kritischen Forschungen aus der Arbeitssoziologie und den Forschungen zur Informalisierung von Arbeitsweisen und Politikformen. Sie werden auf die Governance-Ansätze in der Politikwissenschaft bezogen sowie in einem weiteren Schritt um die Raumtheorien einer kritischen Geographie im Anschluss an Harvey erweitert. In einer lokalen Fallstudie werden die verschiedenen Theorieperspektiven schließlich aufeinander bezogen.

1.1 AKTUELLE TENDENZEN IN DER ARBEITS- UND SOZIALPOLITIK

Mit der Krise der Arbeitsgesellschaft und dem Aufkommen von Massenerbeitslosigkeit seit den 70er Jahren sind die Erosion des sogenannten Normalarbeitsverhältnisses und die neuen Regulierungsweisen in der Arbeits- und Sozialpolitik in den Blickpunkt der politologischen und soziologischen Forschung gerückt. Dabei ist in den letzten Jahren auch eine Vielfalt von nicht normierten Formen der Arbeit, von sozial ungesicherten, prekären Arbeitsformen, von Schwarzarbeit und Subsistenzarbeit zum Gegenstand von Forschung geworden. Ein anderer Ausgangspunkt war die Beschreibung eines informellen Sektors in Entwicklungsländern, der nicht mit den westlichen Normalitätsvorstellungen von Arbeit übereinstimmte. Aber auch neue Arbeitsformen in den Industrieländern werden mit dem Begriff Informalität charakterisiert. Mit der Informalisierung gehen die Individualisierung von Risiken und die Erosion von kollektiven Arbeitnehmerrechten einher. Techniken der Führung und Technologien der Selbststeuerung propagieren die Freiheit und Selbstverantwortung der Individuen. Diese Tendenzen zu neuen Formen von indirekter Kontrolle und

Selbstführungstechniken in der Arbeit sind Teil einer generellen Programmatik, die mehr Eigenverantwortung, Risikobereitschaft und Flexibilität von den Individuen verlangt. Begriffe wie Selbstmanagement, Arbeitskraftunternehmer und Ich-AG zeigen, wie eine ökonomistische Sichtweise des Individuums dominant wird.

Mit diesen individualisierenden und flexiblen Arbeitsformen gehen auch neue Regulierungsweisen und Regierungsformen im Feld der Arbeits- und Sozialpolitik einher. Der Staat sieht sich vermeintlich nicht mehr in der Lage, ein adäquates Maß an sozialer Sicherheit bereit zu stellen und sucht nach neuen Strategien der Steuerung, die einerseits den Individuen mehr Risiken und Einkommensverluste zumuten, andererseits neue Kooperationsformen und Mischformen zwischen öffentlicher und privatwirtschaftlicher Seite erproben. Dafür stehen in Deutschland beispielhaft die Reformen in der Arbeitsmarktpolitik mit der Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe durch die Einführung von Hartz IV, die sog. Ich-AGs, der Umbau der Arbeitsämter zu Arbeitsagenturen, die Einführung von Personalserviceagenturen als private Arbeitsvermittler oder die Delegation der Politik vom Parlament an Kommissionen (wie bei der Hartz-Kommission und der Rürup-Kommission zur Reform des Gesundheitswesens).

Dies ist jedoch auch Teil einer generellen Entwicklung, mit der von verschiedenen Seiten der traditionelle Regierungsbegriff in Frage gestellt wird und die nach neuen Analysemöglichkeiten verlangt. Diese Krise des Regierungsbegriffs ist Thema des zweiten Kapitels, bevor dann die neuen Regierungsweisen wieder auf die neuen Arbeitsformen bezogen werden sollen. Daraus wird dann eine Fragestellung entwickelt, die die Konzepte der Informalität und Foucaults Konzept der Gouvernementalität am Beispiel der Arbeitspolitik zusammenführt.

Mehrere Jahre nach Beginn der Hartz IV-Reformen und nach der schwersten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise (2008/2009) seit Jahrzehnten hat sich das politische Gesamtbild gewandelt. Wenn man das proklamierte Ziel der Reform, die verstärkte und beschleunigte Arbeitsaufnahme von Arbeitslosen durch »Fordern und Fördern« und das Motto »jede Arbeit ist besser als keine Arbeit« zunächst als gegeben hinnimmt, wirken die Hartz-Reformen durchaus. Einerseits ist die hohe Arbeitslosigkeit (von offiziell 5 Mio. Erwerbslosen 2005), die doch vermeintlich der Auslöser für die Reformen war, signifikant gesunken, auf ca. 3 Mio. Erwerbslose Anfang 2011, und auch den tiefen Wachstumseinbruch durch die Finanzkrise scheint die deutsche Wirtschaft gut verkraftet zu haben. Die Statistiken zeigen aber nur einen Teil der Wahrheit. Der Aufschwung und die sinkenden Arbeitslosenzahlen wurden mit der Spaltung des Arbeitsmarktes in einen verfestigten Niedriglohnsektor und ein Segment für gut qualifizierte und bezahlte Arbeit erkaufte. Dies ging einher mit einem faktischen Reallohnverlust für die Mehrzahl der deutschen Beschäftigten im Vergleich der

letzten zehn Jahre.¹ Auch wenn sogar die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten steigt, bleiben dennoch die Tendenzen zur Prekarisierung und zur Herausbildung eines Niedriglohnsektors erhalten.² Der Aufschwung und die hohen Wachstumsraten relativieren sich zudem stark, wenn man die Tiefe des Wachstumseinbruchs berücksichtigt: So ist die deutsche Wirtschaftsleistung in Form des BIP 2009 um 5 % geschrumpft und hat nun im letzten Jahr wieder ein Plus von 3,6 % erreicht, d.h. es ist noch nicht einmal das Niveau von vor der Krise 2008 erreicht.³ Zudem beruht der Aufschwung auf einem einseitig exportgetriebenen Wachstumsmodell, das durch die enormen weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte und die Krise vieler EU-Länder, die doch zu den wichtigsten Absatzmärkten zählen, sehr anfällig ist.⁴

1 | Zwar ist die deutsche Wirtschaft 2010 um 3,6 % gewachsen und es sind mit über 40 Mio. Erwerbstätigen so viele Menschen in Arbeit wie noch nie, aber die Löhne sind nur um 2 % gewachsen und von den neuen Arbeitsplätzen sind 40 % in der Zeitarbeit entstanden (nach Rudolf Hickel im Presseclub der ARD, 23.1.2011, vgl. ARD-Mediathek).

2 | Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten stieg 2010 immerhin um 240.000, aber davon waren viele in Teilzeit und Leiharbeit beschäftigt (ein Vollzeitleiharbeiter bekommt 50 % weniger als ein normaler Arbeiter). So bestand 35 % der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung insgesamt aus Teilzeitarbeit. Zu der Zahl der Erwerbstätigen zählen 7 Millionen Minijobber und 700.000 sog. Aufstocker (die also Lohnzuschüsse vom Staat bekommen, weil ihre Löhne sonst unter Hartz IV-Niveau liegen) (Rudolf Hickel im Presseclub, ARD 23.1.2011). Vgl. auch Tagesspiegel v. 4.5.2011.

3 | Darin berücksichtigt sind noch nicht die enormen Einkommens- und Vermögensungleichgewichte: Die Unternehmensgewinne stiegen 2010 wieder um 70 Mrd. Euro, die Löhne insgesamt aber nur um 30 Mrd. Die deutsche Wirtschaft ist insgesamt wieder sehr wettbewerbsfähig und die Lohnnebenkosten, die oft als Belastung für die Arbeitgeberseite dargestellt wurden, sind mittlerweile niedriger als im EU-Durchschnitt (vgl. Presseclub ARD, 23.1.2011). Die Realeinkommen sind zwischen 2003 und 2006 zurückgegangen. Die Mittelschicht ist zwischen 2000 und 2006 von 62 % auf 54 % geschrumpft (Friedrichs, Jürgen: »Ethnische und soziale Segregation in deutschen Großstädten«, in: Hanesch, Walter (Hg.): Die Zukunft der »Sozialen Stadt«, Wiesbaden 2011, S. 49-63, hier S. 49). Den obersten 10 % der Vermögensbesitzer gehörten 2007 61.1 % des Vermögens in Deutschland, damit hat die soziale Ungleichheit zwischen 2002 und 2007 zugenommen (ebd., S. 49).

4 | Hinzu kommt die ganz auf Haushaltskonsolidierung und Stabilität setzende Finanzpolitik, die insbesondere den südlichen EU-Ländern wie Griechenland eine rigide Sparpolitik verordnet und so die Handelsbilanz- und Wirtschaftsungleichgewichte innerhalb der EU verschärft und so die Absatzmärkte der deutschen Exportwirtschaft gefährdet. Auf die genauen Implikationen und Details der EU-Krise kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Angesichts der staatlichen Rettungsmaßnahmen für die Banken im Zuge der Finanzkrise und der – allenfalls halbherzigen – Regulierungsversuche für die Finanzmärkte, wurde oft von einer Rückkehr des Staates und einer teilweisen Abkehr vom Neoliberalismus gesprochen. Aber dieser Eindruck täuscht, denn die Banken und Finanzinvestoren wurden nur marginal an den Risiken für die Bürgschaften beteiligt und damit setzte sich wiederum das neoliberale Modell der Sozialisierung der Verluste und Risiken und der Privatisierung der Gewinne durch, zumal die Gewinne der meisten international orientierten Banken mittlerweile wieder kräftig steigen. Entgegen manch einer verkürzten Sichtweise des Neoliberalismus gehörte eine je nach aktuellen Erfordernissen wechselnde regulative und aktive Funktion des Staates durchaus immer zum Handlungsrepertoire des Neoliberalismus.⁵

Daher ist es auch heute angesichts der genannten aktuellen und widersprüchlichen Tendenzen noch angebracht, den Neoliberalismus – und hier beispielhaft die neoliberale Sozial- und Arbeitsmarktpolitik – zu untersuchen. Eine an Foucault orientierte Analyse kann hier neue Aspekte in die Interpretation des Neoliberalismus einbringen: Denn Foucaults Analysen des liberalen und neoliberalen politischen Denkens und ihrer Diskurse in den Vorlesungen zur Geschichte der Gouvernamentalität (2004) unterlaufen die bequeme Gegenüberstellung eines entfesselten, hemmungslosen angloamerikanischen Neoliberalismus und einer vermeintlich guten regulierten deutschen Sozialen Marktwirtschaft und zeigen, dass beide dennoch zu – wenn auch partiell unterschiedlichen – historischen Strömungen des Neoliberalismus gehören.

Mit der nur marginalen Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze, der Kürzung des Elterngeldes für Hartz IV-Empfänger⁶ und dem Ausbleiben einer grundlegenden Finanzmarktregulierung zeigt sich, dass die konservativ-liberale Bundesregierung an ihrer auf neoliberale Workfare-Konzepte zur Deregulierung und Prekarisierung setzenden Strategie festhält. Daher kann man auch heute nicht von einem Ende des Neoliberalismus sprechen. Die Hartz IV-Reformen haben zwar mehr Menschen in Arbeit gebracht, aber um den Preis einer Herausbildung eines verfestigten Niedriglohnsektors und sie wirken vor allem disziplinierend gegenüber den noch Arbeitsplatzbesitzenden, zumal man nicht genau sagen kann, ob der Beschäftigungszuwachs den Arbeitsmarktreformen oder nicht vor allem der boomenden deutschen Exportwirtschaft und dem Boom der Weltwirtschaft zu verdanken ist.

5 | So kann man die stützenden Maßnahmen der Bush-Regierung für die amerikanische Wirtschaft nach 9/11 als Teil einer kurzfristigen keynesianischen Strategie oder eines ›Rüstungskapitalismus‹ innerhalb des Neoliberalismus sehen.

6 | Mit Nennung der männlichen Bezeichnung ist in diesem Buch immer auch die weibliche Form mitgemeint.

1.2 SOZIALWISSENSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN AUF PROBLEME DES REGIERENS

Die genannten Veränderungen müssen aber in Bezug gesetzt werden zu den Anforderungen an die Individuen und zu deren verändertem Selbstverständnis, das mit diesen neuen Regierungsformen korrespondieren soll. Zum Verhältnis von Regierung und Individuum bietet sich ein Rückgriff auf die Konzepte von Foucault aus seinen späten Vorlesungen an.

Foucaults Begriff der Regierung und sein Konzept der ›Gouvernementalität‹ können bei der Suche nach neuen Kategorien ein spezifisches Analyse-Instrumentarium für das Verhältnis von staatlicher Regierung, Selbstführung und Kontrolle liefern.⁷ Unter *Gouvernementalität* versteht Foucault eine Verbindung von Regierungstechniken (Gouvernement), Regierungsrationitäten und individuellen Selbsttechniken, welche die Menschen zu regierbaren Individuen machen, die so ihre Lebensführung nach gesellschaftlich erwarteten und vorgefertigten Mustern ausrichten.⁸

Ausgehend von diesem Konzept Foucaults hat sich seit den 80er Jahren die Forschungsrichtung der ›Gouvernementalitätsstudien‹ (GS) entwickelt. Sie verwenden Foucaults theoretische Konzeption für die Analyse neoliberaler Regierungstechnologien, die flexibles Selbstmanagement und Eigenvorsorge fordern und so traditionelle Vorstellungen des Sozialen in Frage stellen. Sie untersuchen das spezifische Verhältnis von Regierungstechniken und den Tendenzen zur Privatisierung und zur Eigenverantwortung der Individuen, die Gleichzeitigkeit von Regierungstechniken und Individualisierungstechniken bzw. Selbsttechniken.⁹

Für Erscheinungen der *Informalisierung der Arbeit*, der Herausbildung neuer Arbeitsformen, der Subjektivierung von Arbeit ist wiederum ein anderer theo-

7 | Vgl. Lemke, Thomas: Eine Kritik der politischen Vernunft, Hamburg 1997/Lemke, Thomas: »Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die ›governmentality studies‹«, in: Politische Vierteljahresschrift, 41. Jg., H.1(2000), S. 31-47.

8 | Vgl. Foucault, Michel: Geschichte der Gouvernementalität 1: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, Frankfurt/M 2004a, S. 162/163.

9 | Vgl. Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart, Frankfurt/M 2000, Pieper, Marianne/Gutierrez Rodriguez, Encarnacion (Hg.): Gouvernementalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault, Frankfurt/M/New York 2003, Anhorn, Roland/Bettinger, Frank/Steher, Johannes (Hg.): Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit, Wiesbaden 2007, für den englischsprachigen Raum: Burchell, Graham/Gordon, Colin/Miller, Peter (Hg.): The Foucault Effect. Studies in Governmentality, Hemel Hampstead 1991, Rose, Nicolas: Powers of Freedom. Reframing Political Thought, Cambridge 2003.

retischer Rahmen nötig, wobei die oben genannten Ansätze durchaus als analytische Kategorien zur Untersuchung von Akteurskonstellationen im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik relevant sind.

Hier ist eine Gegenüberstellung zwischen den Gouvernementalitätsstudien und kritischen politisch-ökonomischen und arbeitssoziologischen Forschungsansätzen erkenntnisfördernd.¹⁰

In der Darstellung Foucaults wird im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus das Disziplinarsubjekt abgelöst durch neue Formen autonomer, aktiver und eigenverantwortlicher Subjektivität. Diese Autonomie muss aber im Sinne von unternehmerischer Rationalität genutzt werden, was durch subtile Kontrolltechniken überwacht werden muss. Im Zuge der Durchsetzung des Neoliberalismus werden die Arbeitnehmer zunehmend als autonome Unternehmer gesehen, die eigenverantwortlich Entscheidungen fällen sollen. Der individuelle Produzent und Konsument wird als ein »Unternehmer seiner selbst« aufgefasst, der wie ein Unternehmer rational in seine Fähigkeiten und Begabungen investieren soll. Die »Sorge um sich« soll an die Stelle von kollektiven Verpflichtungen und Solidarität treten. Trainings- und Managementmethoden als »Techniken des Selbst« sollen Selbstbewusstsein und Selbstpräsentation fördern. Mit der Kapitalisierung vieler Bereiche des Lebens soll ein Management der persönlichen Identität und der persönlichen Beziehungen einhergehen. Damit verbunden ist eine veränderte Bedeutung sozialer Risiken, indem die individuelle Verpflichtung betont wird, die Last der Risiken stärker selbst zu übernehmen. Hinzu kommt die Dominanz von neuen Managementtechniken, sowohl auf individueller Ebene als auch auf der Ebene der Unternehmen. Wie das neue Paradigma des Managements und das Leitbild unternehmerischer Subjektivität aufeinander bezogen und miteinander verschränkt sind, zeigen z.B. die Analysen von Forscherinnen der Gouvernementalitätsstudien über Managementratgeber und individuelle Vermarktungsstrategien.¹¹

Für die Untersuchung dieser neuen Arbeitsformen und der Informalisierung von Arbeit ist jedoch auch ein Bezug auf die Forschungen der neueren gesellschaftskritischen Arbeits- und Industriesoziologie, sowie der Forschungen zur Reichweite einer »Subjektivierung von Arbeit« sinnvoll.¹²

10 | Vgl. Gerst, Detlef: »Wandel betrieblicher Kontrollpraktiken im Lichte einer post-strukturalistischen Machtanalytik«, in: SOFI-Mitteilungen, Nr. 30, Göttingen 2003, S. 91-108, Glißmann, Wilfried/Peters, Klaus (Hg.): Mehr Druck durch mehr Freiheit, Hamburg 2001, Voß, Günther/Pongratz, Hans: Der Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen, Berlin 2003.

11 | Vgl. Bröckling, Ulrich: Das unternehmerische Selbst, Frankfurt/M 2007.

12 | Vgl. Glißmann/Peters 2001, Moldaschl, Manfred/Voß, G. Günther (Hg.): Subjektivierung von Arbeit, München 2002, Voß/Pongratz 2003, Sauer, Dieter: Arbeit im Übergang. Zeitdiagnosen, Hamburg 2005.

1.3 FRAGESTELLUNG

Aus dem inhaltlichen Problemaufriss lässt sich nun eine enger umgrenzte Fragestellung bezogen auf das Feld der Arbeits- und Sozialpolitik ableiten:

Im Mittelpunkt meiner theoretischen Analyse steht die Problemstellung, wie sich das Politikfeld Arbeits- und Sozialpolitik in Deutschland unter den neuen Herausforderungen postfordistischer Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse transformiert. Daher werden Ergebnisse aus der empirischen Arbeitsforschung, im Hinblick auf Zusammenhänge zwischen neuen Arbeitsformen und der Arbeitspolitik mit unterschiedlichen Theorieperspektiven analysiert.

In einem zweiten Schritt, nach der Konfrontation der theoretischen Analysemodelle mit exemplarischen Ergebnissen empirischer Arbeits- und Arbeitspolitikforschung, werden auch mit einer lokalen Fallstudie Erklärungskraft, Reichweite und Vereinbarkeit der Theorieperspektiven überprüft. Ferner werden Lücken und Probleme in der Theoriebildung sowie empirische Forschungsdesiderate aufgezeigt.

Die Originalität der Studie liegt in der Zusammenführung von Theorieansätzen und empirischen Analysen im Überschneidungsbereich zwischen der Neugestaltung von Arbeitsformen und der Neugestaltung von Sozialräumen durch das Regieren über soziale Nahräume. Analysen von bestimmten Arbeitsbranchen werden zusammengeführt mit Lokalraumanalysen bezogen auf Sozial- und Gemeinwesenarbeit und lokale Sicherheitsdienstleister.

Insbesondere in der Sozialfigur des Quartiersmanagers verdichtet sich in kontingenter Weise staatlich finanziertes Sozialunternehmertum, lokale Verwaltung und prekäre Tätigkeit, deren historische Vorläufer genealogisch aufzuarbeiten eine eigene Studie wert wäre. Außerdem überlagern sich in dieser Figur die Politikfelder Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Sozialraumpolitik und Wohnungsbau/Städtebaupolitik und bilden insofern ein Beispiel für eine neue lokale Governance-Konstellation.

Mit der Einbeziehung von Analysen zur Subjektivierung von Arbeit kann die praktische Umsetzung von lokaler Steuerung gezeigt werden und wie diese Subjektivierungsweisen wiederum die Arbeit der Sozialarbeiter und Quartiersmanager vor Ort prägen. Es überschneiden sich darin lokale Erscheinungen von Workfare-Politiken, indirekte lokale Steuerung und die subjektivierten Arbeitsformen der Quartiersmanager selber.

In dieser Arbeit werden drei miteinander verflochtene, aber analytisch trennbare sozio-ökonomisch strukturelle Veränderungstendenzen im gesellschaftlichen Problemfeld der Sozial- Arbeits- und Stadtpolitik anhand lokaler Verhältnisse beschrieben und z.T. als Kontexte vorausgesetzt: (1) Die Transformation wohlfahrtsstaatlicher, sozialräumlicher Ausgleichs- und Integrationsprogram-

me aus der fordistischen Ära (2) das QM-Programm als Indiz für Politik- und Verwaltungsreformen im Spannungsverhältnis zwischen der Programmatik des New Public Management und öffentlicher und privater Governance-Formen einerseits und zivilgesellschaftlichen Partizipationsformen andererseits, (3) unterschiedlich radikale neoliberale Strategien von Workfare in der Sozialpolitik, von Arbeitskraftunternehmertum in der Arbeitspolitik und von Aktivierung lokaler sozialer Communities in der Stadtpolitik.

Hierzu werden drei übergreifende Theorieströmungen und Analyseformen herangezogen und vergleichend daraufhin reflektiert, wie und mit welcher Relevanz und Plausibilität sie zur Aufklärung und zum Verständnis dieser drei o.g. Tendenzen etwas beitragen. Außerdem wird gezeigt, inwieweit ihre Denkansätze und Methodologien miteinander vereinbar sind oder nicht und welche Übereinstimmungen, Anschlussmöglichkeiten oder Lücken und offenen Probleme sich dabei ergeben.

Die drei Theorieströmungen – Foucault und die GS, marxistische Theoriebeiträge und die politologischen Governance-Ansätze – sind jeweils in unterschiedlicher Weise relevant für die Haupttendenzen im Politikfeld lokale Arbeits- und Sozialpolitik und können jeweils unterschiedliche Phänomene beleuchten:

Als *primäre* Analyseperspektive werden die poststrukturalistische Analytik Foucaults zu dem Wandel von Regierungsrationalitäten in seinen Vorlesungen zur Gouvernamentalität und z.T. seine Analysen zu den sogenannten Heterotopien herangezogen sowie vor allem die sich an Foucault anschließenden Governmentality Studies.

Als *zweite* Analyseperspektive werden drei verschiedene, von ihrem Selbstverständnis her kritisch-materialistische oder undogmatisch-marxistische Theorieprogramme herangezogen: die kritische Geographie von Harvey und Lefebvre, die politisch-ökonomische Theoriebildung zur Informalisierung von Wirtschaft, Arbeit und Politik (Altvater/Mahnkopf), sowie die kritische Arbeitssoziologie (Voß/Pongratz, Peters, Dörre).

Als *dritte* Analyse-Perspektive werden zwei teils normative, teils phänomenologische politologische Forschungsprogramme einbezogen: das Theorie- und Analyseprogramm des Governance-Ansatzes und das z.T. kommunitaristische Theorieprogramm zur Gemeinschafts- und Sozialkapitalbildung.

Diese Analyseperspektiven werden auf eine lokale Fallstudie bezogen.

In dieser explorativen Fall-Studie wird ein Tätigkeits- und Politikfeld aus der Sozial- und Gemeinwesenarbeit als Beispiel neuer (lokal)staatlicher Steuerungsformen durch Dokumentenanalysen untersucht: der arbeits-, sozial- und kommunalpolitische Kontext und die neuartige Arbeitsgestaltung der Tätigkeit von Quartiersmanagement-Büros (QM) in Berlin (im Rahmen des Bund-Länder-Programms »Soziale Stadt« und seiner flankierenden Programme). Bei diesem Programm geht es um einen integrierten Ansatz sozialer Stadtteilarbeit, der die

Förderung lokaler Ökonomie, Bürgerbeteiligung und Beschäftigungsförderung verbindet. In ihm bilden sich neue Akteurskonstellationen zwischen lokalem Staat und Non-Profit-Trägern von Sozialarbeit und Arbeitsförderung heraus, die als Informalisierung von politischer Regulation oder als neues lokales Governance-Regime charakterisiert werden können. Außerdem sind die QM-Büros eine symptomatische Schnittstelle zwischen (a) einer politisch informalierten aktivierenden Förderung unterschiedlicher neuer und alter Erwerbsarbeitsformen und ehrenamtlicher Arbeit und (b) einer ihrerseits subjektivierten, quasi-unternehmerischen Form professioneller Sozial- und Gemeinwesenarbeit. Das QM-Programm soll jedoch vorrangig unter dem Aspekt der lokalen Arbeitspolitik und Arbeitsförderung analysiert werden.